

## Einheitliche Umsatzsteuer

### Brüssel will EU-Steuerregime für Finanzdienstleister reformieren

Seit der Einführung der Mehrwertsteuer (MwSt) in den Siebzigerjahren wurden in allen europäischen Staaten Finanzdienstleistungen ausgenommen, da die Berechnung der Umsatzsteuerpflicht zu kompliziert wäre. Das bedeutet aber, dass Finanzdienstleister – etwa Banken und Versicherungen – bei ihren Ausgaben keine Vorsteuer geltend machen können und die ihnen von anderen Unternehmen in Rechnung gestellte Umsatzsteuer nicht als Vorsteuer refundiert erhalten.

Als dieses Prinzip 1977 eingeführt wurde, war die Finanzindustrie überall national organisiert, sagt Stephen Coleclough, auf Mehrwertsteuerfragen spezialisierter Partner bei PriceWaterhouseCoopers in London, dem STANDARD. „Doch in den vergangenen 30 Jahren ist das internationale Geschäft in der EU enorm ge-

wachsen, und immer mehr Finanzdienstleister sind dazu übergegangen, wichtige Funktionen – insbesondere innerhalb der EU – outzusourcen.“ Die dabei entstandenen Ausgaben seien in manchen, aber nicht in allen EU-Staaten umsatzsteuerpflichtig. Diese uneinheitliche Vorgangsweise führt zu Wettbewerbsverzerrungen und Ineffizienz.“ Die EU-Finanzdienstleister sind mit Vollgas, aber mit angezogener Handbremse unterwegs“, sagt Coleclough.

Daher hat die EU-Kommission im Dezember 2007 einen Vorschlag für eine Vereinheitlichung der Umsatzsteuerregeln für die Finanzbranche vorgelegt. Diese zielt darauf ab, dass in allen EU-Staaten ausgelagerte Tätigkeiten von Finanzdienstleistern (z. B. Rechenzentrumsleistungen, Back-Office) umsatzsteuerfrei bleiben sollten.

Coleclough, der an einem Steuerseminar des Instituts für österreichisches und internationales Steuerrecht an der WU Wien und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PriceWaterhouseCoopers (PwC) in Wien sprach, bezeichnet den Vorschlag als „politischen Kompromiss“, der noch verbesserungsfähig sei. Die Kommission ziehe am gleichen Strang wie die Banken und Versicherungen, aber die Regierungen würden in Detailfragen aus Sorge um Steuereinnahmen gegenhalten.

Coleclough empfiehlt der Finanzindustrie, Druck auf ihre Regierungen auszuüben, um den frühestens für Ende 2009 erwarteten Richtlinien-Vorschlag der EU-Kommission zu verbessern: „Jeder Chef einer Bank oder Versicherung sollte fünf Punkte in der Tasche haben, die er seinem Finanzminister ans Herz legt.“ (ef)

*1/9* Firmenchefs werden  
pessimistischer

**Davos** - Laut einer Umfrage von PricewaterhouseCoopers sind Unternehmenschefs derzeit so pessimistisch wie schon lange nicht mehr. Besonders schlecht ist die Stimmung in den USA und in Westeuropa. (APA)